

Verwaltungsgerichts-Urteil

Pößneck darf nicht über Straßenausbaubeiträge abstimmen

Das Verwaltungsgericht Gera hat eine Klage von Lokalpolitikern und einer Bürgerinitiative aus Pößneck abgewiesen, die ein Bürgerbegehren über den Modus der Straßenausbaubeiträge erzwingen wollten. Die Initiatoren wollten gegen den Willen der Stadt darüber abstimmen lassen, ob Grundstücksbesitzer statt einmaliger Ausbaubeiträge kleinere Jahresbeiträge zahlen sollen.



Marktplatz von Pößneck

Die Verwaltungsrichter begründeten ihr Urteil damit, dass die Kläger nicht klar genug dargestellt hätten, welche Belastung auf den Bürger durch wiederkehrende Beiträge zukommen würde. So sei nicht deutlich genug erkennbar, dass Bürger beispielsweise im östlichen Pößneck den

Straßenausbau im Westen der Stadt finanzieren.

Constanze Truschzinski von der "Sozialen Initiative Pößneck" sagte MDR THÜRINGEN, die Kläger fassten die Ablehnung nicht als Niederlage auf, sondern als Hausaufgabe. Die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens zum Beitragsmodus habe das Gericht nicht infrage gestellt. Man wolle aber nicht in Revision gehen, weil das viel zu teuer und zeitaufwändig sei. Stattdessen wolle man versuchen, die Stadtverwaltung und später den Stadtrat dazu zu bringen, eine Straßenausbausatzung mit wiederkehrenden statt einmaligen Beiträgen zu erarbeiten und zu verabschieden.

Bürgermeister Michael Modde verwies darauf, dass der Stadtrat bereits Erleichterungen bei den Straßenausbaubeiträgen beschlossen hat: Grundstückseigentümer sollten ihre jeweils festgelegten Beiträge auf zehn Jahre strecken können, ohne Zinsen zahlen zu müssen. Zudem würden einige Details an der aktuellen Satzung geändert, die das Gericht moniert habe.

Zu den Befürwortern der wiederkehrenden Beiträge in Pößneck gehören die CDU und die Linkspartei im Stadtrat. Die Befürworter argumentieren, für Grundstückseigentümer könne die Belastung durch einmalige vier- oder fünfstelligen Beiträge zum Straßenausbau so hoch werden, dass sie einer "kalten Enteignung" nahekomme. Deswegen sollten niedrigere Jahresbeiträge erhoben werden, die von den Betroffenen finanziell besser zu schultern seien.

Zuletzt aktualisiert: 14. August 2013, 15:05 Uhr

[Kommentar verfassen](#)

3 Kommentare

Programm-Tipps

MDR THÜRINGEN JOURNAL

Einen Beitrag zu diesem Thema sehen Sie heute Abend im Regionalmagazin des MDR FERNSEHENS.

14.08.2013 | 19:00 Uhr
MDR FERNSEHEN & Livestream bei MDR.DE